

STANDPUNKT

Von Sven Heitkamp

Investitionen ins Personal



Die Überraschung ist gelungen: Statt endloser Tarifrituale und flächendeckender Streiks liegt nun schon eine Einigung auf dem Tisch – noch vor Ablauf der gesetzten Frist. Der Abschluss mit zwei Gehaltserhöhungen 2011 und 2012 sowie höherem Lohnsockel und Einmalzahlungen kommt den Gewerkschafts-Forderungen relativ nahe. Das ist ungewöhnlich.

Das ausgewogene Ergebnis folgt aber einer unabwendbaren Logik: Je näher der allgemeine Mangel an Fachkräften rückt, umso mehr müssen die konkurrierenden Arbeitgeber anbieten, um gute Leute zu gewinnen. Zukunfts-Investitionen werden zukünftig auch Investitionen ins Personal sein. Allein der dramatische Lehrermangel, der den Ost-Ländern bevorsteht, illustriert das Dilemma allzu deutlich. Genau für die Pädagogen enthält der Abschluss jedoch eine bittere Pille: Eine gerechtere Eingruppierung wurde abermals vertagt. Es dürfte jedoch nur eine Frage der Zeit sein, bis auch diese Schraube nachjustiert wird.

@politik@lvz.de

KOMMENTAR

Von Martina Herzog

Keine Lösung für Libyen



Europa will die Umsturzstaaten Nordafrikas beim Weg in die Demokratie unterstützen, auch mit Wirtschafts- und Finanzhilfen. Das war zu erwarten. Tragisch ist aber nicht, was die EU tut, sondern was sie nicht tut: Sie wird höchstwahrscheinlich nicht militärisch eingreifen. Das ist richtig, aber nicht gut.

Die Einrichtung einer Flugverbotszone ist vorerst vom Tisch. Damit könnte man versuchen, das Gaddafi-Militär an Schlägen gegen die eigene Bevölkerung zu hindern. Die Einrichtung ist äußerst umstritten, weil der Westen sich damit in einen Militäreinsatz begeben würde. Denn ein Flugverbot ist nur glaubhaft, wenn dahinter die Drohung steht, es mit Gewalt durchzusetzen. Wo solche Einsätze hinführen können, zeigen der Irak und Afghanistan. Auf noch einen verwickelten Einsatz in einem nicht-westlichen Land will sich die Mehrheit der Verantwortlichen nicht einlassen.

Das ist eine bittere Erkenntnis, die auch schöne Worte nicht versüßen. „Das libysche Volk muss entscheiden“, so EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy. Libyens Volk entscheidet gar nichts. Dort gilt das Recht des Stärkeren. Und die Welt schaut zu.

@politik@lvz.de



EU-Regierungschefs fürchten humanitäre Katastrophe: Aus Libyen geflohene Menschen stehen in einem Lager an der Grenze zu Tunesien für Lebensmittel an.

Foto: AFP

„Gaddafi muss gehen“

EU fordert Rückzug des libyschen Machthabers / Keine Festlegung auf Flugverbotszone

Brüssel. Die EU-Länder fordern den sofortigen Rücktritt von Muammar al-Gaddafi. Auf weitere Drohgebärden gegen den libyschen Diktator einigten sich die Teilnehmer gestern beim Gipfel in Brüssel aber nicht. Eine Flugverbotszone über Libyen soll es nur geben, wenn die Vereinten Nationen das billigen und die Regionalorganisation Arabische Liga und Afrikanische Union einverstanden sind. Außerdem will Europa mit der libyschen Opposition verhandeln und wirtschaftliche und politische Hilfen für die nordafrikanischen Mittelmeerländer ausarbeiten.

Von MARTINA HERZOG, REBECCA MÜLLER und NEFELI FILOS

Europas Nachbarschaft ist nicht mehr nur in Aufruhr, inzwischen steht sie sogar in Flammen: In Libyen drohen weitere Tote, mehr Flüchtlinge und sogar ein Bürgerkrieg. Die Europäische Union würde gerne löschen – aber sie ist sich uneins, wie das geschehen soll. „Wir wollen, dass der Diktator Gaddafi abtritt“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) immerhin nach der Sitzung mit ihren europäischen Amtskollegen. „Er ist für uns kein legitimer Gesprächspartner mehr, weil er Krieg gegen seine eigene Bevölkerung führt.“ „Das Problem hat einen Namen: Gaddafi. Er muss gehen“, sagte der EU-Kom-

missionspräsident José Manuel Barroso.

Alle EU-Länder seien sich in dieser Frage einig. Zudem würden weitere Sanktionen „im finanziellen und wirtschaftlichen Bereich“ geprüft. Sie sollen dem Gaddafi-Regime wirtschaftlich den Boden entziehen. Einem Beschluss des UN-Sicherheitsrates folgend hatte die EU bereits vor dem Gipfel Strafmaßnahmen gegen Gaddafi, seine Getreuen und mehrere libysche Finanzinstitute verhängt. Dazu gehören Konten- und Reisepässe und ein Importverbot für Waffen und Polizeiausrüstung.

Zudem will die Europäische Union nun mit dem libyschen Übergangsrat verhandeln, einer Organisation der Oppositionsbewegung. „Das bedeutet keine Anerkennung, aber er ist Gesprächspartner“, sagte Merkel. Seitdem immer mehr EU-Länder den Rücktritt Gaddafis fordern, fehlt ihnen ein Verhandlungspartner in Libyen.

„Was haben wir auch für eine Wahl“, kommentierte Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy. Es gibt bisher keine Vertretung der libyschen Opposition, die durch demokratische Wahlen bestätigt wäre.

Für die Einrichtung einer Flugverbotszone über Libyen plädierten die Staats- und Regierungschefs bei ihrem Treffen nicht. Sie hielten sich diese Option aber offen. Vor allem

Briten und Franzosen wollen einen Beschluss des UN-Sicherheitsrats erreichen, der ein solches Engagement rechtlich absichert. Merkel sagte, die rechtlichen Voraussetzungen seien nicht erfüllt. Als Vorbedingung gilt ein Entschluss des UN-Sicherheitsrates und die Unterstützung der Arabischen Liga. Allerdings will die EU nun einen Gipfel gemeinsam mit der Arabischen Liga und der Afrikanischen Union abhalten.

Eine Flugverbots-

zone soll Gaddafi daran hindern, die eigene Zivilbevölkerung zu bombardieren. Sie ist umstritten, weil sie mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden müsste. Die USA als größte Macht im Militärbündnis Nato zeigen wenig Bereitschaft zum Eingreifen in Libyen. Zu groß ist die Furcht, sich nach den langwierigen und umstrittenen Einsätzen in Afghanistan und Irak erneut eine blutige Nase zu holen.

Mit großer Sorge blicken die Spitzenpolitiker auf die humanitäre Notlage in Libyen und den angrenzenden Gebieten. Mehr als 250 000 Menschen sind nach UN-Angaben inzwischen aus dem Land geflüchtet, vor allem nach Tunesien und Ägypten. Drei Viertel des libyschen Gebiets sind nach Informationen des internationalen Roten Kreuzes von humanitärer Hilfe abgeschnitten. Alle Konfliktparteien seien aufgerufen, humanitären Helfern Zugang zu den Menschen in Not zu ermöglichen, unterstrichen die Staats- und Regierungschefs. Die EU-Staaten versprechen, ihre bereits begonnene Nothilfe weiterzuführen und dabei effizienter zusammenzuarbeiten.

Während die Staats- und Regierungschefs über die nächsten Schritte sprachen, drohte Gaddafi der EU, sich nicht mehr um Terroristen und illegale Einwanderer zu scheren, wenn Europa die „aktive Rolle Libyens“ als „Garant für die Stabilität“ Afrikas missachte.

STICHWORT

EU-Sanktionen

Die neuen EU-Sanktionen sind gestern offiziell in Kraft getreten. Die Druckmittel sehen vor, die Vermögen von fünf libyschen Finanzinstituten mit sofortiger Wirkung einzufrieren. Außerdem wird der österreichische Staatsbürger Mustafa Zarti auf eine Liste von bislang 26 libyschen Führungspersonen gesetzt – seine Konten werden damit gesperrt. Da der als Strohmännchen Gaddafis geltende Zarti einen EU-Pass hat, darf er sich aber weiter in der EU aufhalten – im Gegensatz zu 26 anderen Personen, unter denen auch Muammar al-Gaddafi selbst ist. Deutschland hatte bereits gestern die Konten der libyschen Notenbank und des libyschen Staatsfonds LIA bei deutschen Banken gesperrt. dpa

DREI FRAGEN AN ...

... Manfred Kolbe (CDU), Mitglied des Finanzausschusses

Die Staats- und Regierungschefs der europäischen Union beraten in Brüssel über die Absicherung des Euro. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) schlägt einen Pakt für Wettbewerbsfähigkeit vor. Was ist der Preis für die Rettung des Euro?



Der Euro-Rettungsschirm treibt die deutsche Staatsschuld in unverantwortliche Höhen. Für die bisherigen Rettungsprogramme haftet Deutschland mit 220 Milliarden Euro. Die für März beschlossene Verdopplung des Rettungsschirms stockt die Haftung um weitere 100 Milliarden Euro auf. Diese rasante Steigerung der Staatsverschuldung gefährdet die deutsche Bonität und wird zu einer Vertiefung der Kreditaufnahmen von Bund, Ländern und Kommunen führen.

Fürchten Sie Nachteile im internationalen Wettbewerb?

Europa muss sich heute in der globalisierten Welt gegenüber den USA, China, Indien behaupten. Die von einer europäischen Wirtschaftsregierung ausgehende Neuvellierung auf Mittelmaß zwischen Deutschland und Griechenland wird Europa seine Wettbewerbsfähigkeit kosten. Die Garantien der Europäischen Union ernütern, die eigene Verschuldungspolitik zu Lasten der europäischen Partner fortzusetzen. Die Einführung deutscher Stabilitätskultur im Mittelmeerraum ist eine Illusion.

Gibt es Alternativen?

Deutschland und Europa brauchen mehr denn je das marktwirtschaftliche Prinzip der Eigenverantwortung. Wer spekuliert und derzeit 13 Prozent Zinsen für griechische Staatsanleihen kassiert, muss auch mit einer Insolvenz Griechenlands rechnen und dann den Verlust tragen. Staaten, die sich übermäßig verschulden, müssen für ihre Schulden auch höhere Zinsen zahlen, da nur dies ihre Verschuldung nach oben abbremsen wird. Nur ein Europa mit Eigenverantwortung wird den globalen Wettbewerb des 21. Jahrhunderts bestehen.

Interview: Dieter Wonka

POLITIK KOMPAKT

In Saudi-Arabien haben gestern Hunderte von Aktivisten trotz der Warnungen des Sicherheitshauses Demonstrationen für mehr Freiheitsrechte organisiert.

In Tunesien sind gestern bei Ausschreitungen zwei Menschen ums Leben gekommen. 20 weitere wurden nach Angaben des Innenministeriums in Tunis verletzt.

In Italien sollen sämtliche Prozesse gegen Regierungschef Silvio Berlusconi künftig an Montagen verhandelt werden, wie sich Gericht und Verteidigung einigten.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sprach sich für das Verschärfen des Ausländerrechts aus. Es gehe um „einen Gleichklang von Fördern und Fordern“.

Der mutmaßliche Militärführer der baskischen Terror-Organisation Eta und dessen Stellvertreter sind im Norden Frankreichs von der Polizei gefasst worden.

SAUBER!

DER NEUE LEXUS CT 200h VOLLHYBRID

Erleben Sie jetzt die perfekte Kombination aus umweltgerechter Mobilität und eleganter Fahrdynamik - im weltweit ersten Vollhybrid in der Premium-Kompaktklasse.

Von der charakteristischen Linienführung über das hochwertige Interieur mit ausgewählten Materialien bis hin zur sportlichen Sitzposition genießen Sie echten Lexus Komfort.

Unterwegs sorgen 100 kW (136 PS) Systemleistung für dynamischen Fahrspaß. Dabei garantieren gleich vier unterschiedliche Fahrmodi individuelle Fahrerlebnisse - egal ob im Sportmodus oder lautlos und emissionsfrei im rein elektrischen Fahrmodus*. Bei klassenbesten Emissionswerten von 87 g CO₂/km** und nur 3,8 l/100 km** Verbrauch.

Entdecken Sie den ersten kompakten Lexus: Ab 19. März bei einer Probefahrt.

LEXUS FORUM LEIPZIG

Auto Saxe, Niederlassung der Auto Weller GmbH & Co. KG
Sandberg 59 • 04178 Leipzig • www.lexusforum-leipzig.de
Friederike Völker • Telefon 03 41/94 50-192

www.stillerevolution.de

AB 19. MÄRZ



LEXUS

LEXUS
HYBRID
DRIVE

*Bis zu 2 Kilometer Länge und bis zu 45 km/h. **Kraftstoffverbrauch kombiniert 4,1-3,8 l/100 km (innerorts 4,1-3,7 l/außerorts 4,0-3,7 l) bei CO₂-Emissionen kombiniert von 94-87 g/km, jeweils nach dem vorgeschriebenen EU-Messverfahren.